„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten, stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Zwei ernste Aufgaben

Herr Dr. H. Seelheim, der deutsche Konsul in Winnipeg, der sich auf dem ersten Deutschen Tag für Saskatchewan am 9. und 10. August 1930 in Regina die Herzen seiner Tausenden von Zuhörern gewissermaßen im Sturme erobert hat, hielt auf einem Festabend des Deutsch-Canadischen Bundes von Manitoba in Winnipeg eine hochbedeutsame Rede, die weithin Beachtung verdient.

Nach einem Bericht unseres Winnipeger Bruderblattes hat Herr Konsul Dr. Seelheim auf ernste und hochwichtige Aufgaben des canadischen Deutschtums im allgemeinen und der deutschen Vereine im besonderen nachdrücklich hingewiesen. Es sei ja sicherlich sehr schön, so bemerkte der Redner, wenn unsere Vereine sich mit Sport, Kegelschieben, Tanzen und Festefeiern befassen, doch es gebe noch ernstere Aufgaben für die Deutschcanadier. Wörtlich fuhr Herr Konsul Dr. Seelheim fort:

„Wir müssen zusammenstehen und zusammenarbeiten gerade hier im fremden Lande, in einer Umwelt, die so viel anders geartet ist als die, aus der wir gekommen sind. Für viele von Ihnen die hier geboren sind oder sich sonstwie eingewohnt haben, bedeutet allerdings Canada kein fremdes Land. Sie sind Bürger dieses Landes geworden und — wie Sie mit Stolz sagen können — gute Bürger Canadas. Manche von Ihnen haben schwere Anfangsjahre durchgemacht und wirtschaftlich hart kämpfen müssen, um es zu dem zu bringen, was Sie heute mit berechtigtem Selbstbewußtsein als das Ergebnis eigener Leistungen zeigen können. Andere haben es leichter gehabt, indem sie die günstigen Konjunkturen benutzen konnten, die ein junges und aufstrebendes Land wie Canada meist in reicherem Ausmaß und häufiger bot als die alten Länder Europas.

„Sie wissen aber Alle, wie die Dinge zur Zeit hier in Canada liegen. Auch dieses Land ist ergriffen von der Wirtschaftskrise, die durch die Welt geht, wenn sie auch hier sich in unvergleichlich schwächerem Umfang auswirkt, als wir es seit Jahren z. B. aus Deutschland kennen. Auch hier aber leiden Landsleute, die sich bereits lange in dem canadischen Wirtschaftsleben eingewurzelt glaubten, besonders aber solche, die neu hierhergekommen sind, um nach drüben durchkämpften schweren und hoffnungslosen Jahren hier eine neue Zukunft aufzubauen. Tausende von Landsleuten aus Deutschland, Oesterreich, Rußland und den östlichen und südöstlichen Randstaaten haben in den letzten Jahren ihren Fuß an das Ufer dieses Landes gesetzt, aus dem ihnen ein neuer Tag zu winken schien. Nicht Leichtsinn oder Abenteuerlust hat die meisten hierhergetrieben, sondern die auf verlockenden Prospekten und Schilderungen von Landeskennern beruhende feste Hoffnung, hier Arbeit und ein Stück Land zu finden, das ihnen ebenso Heimat werden könnte, wie es Tausenden früher gekommener Landsleute in der Tat Heimat geworden ist.

„Aber nun sind die Hoffnungen zerschlagen. Wie schwer es den in Not Geratenen z. Zt. ist, sich durchzuschlagen, will ich nur an drei von vielen Gründen zeigen: Wir haben noch nie soviele Fälle erlebt wie in diesem Jahr, in denen eingewanderte Farmarbeiter ihren Lohn vom Farmer nicht ausbezahlt erhalten können. Zahlreiche Arbeitswillige sind wegen Landstreicherei zu Gefängnisstrafen verurteilt und zum Teil deportiert worden. Einige gewiß; nicht mit Unrecht, die Meisten aber lediglich, weil sie trotz stärkstem Bemühens und ehrlichen Arbeitswillens keine Beschäftigung finden konnten und dadurch eine „public charge" wurden. Wir müssen also helfen, genau so wie die hiesigen schwedischen, ukrainischen und anderen Vereinigungen ihren Landsleuten helfen."

Zu diesem Hilfswerk rief der Redner alle deutschstämmigen Freunde auf. Sie sollen durch Geldspenden und Arbeitsbeschaffung mitwirken, die Not zu lindern. „Auch das ist Arbeit am Deutschtum und nicht die schlechteste," erklärte der Herr Konsul. „In Winnipeg wird in diesem Sinne eifrige und wertvolle Arbeit geleistet. Das Deutsch-Canadische Zentralkomitee in Regina und der deutsche Klub „Concordia" in Saskatoon haben sich ebenfalls um eine Erleichterung des Loses der Hilfsbedürftigen bemüht, soweit die leider viel zu geringen Mittel es ermöglichten. Noch weit mehr könnte und sollte geschehen. Notwendig ist nur, daß jeder, der etwas erübrigen oder nur die geringste Arbeitsmöglichkeit beschaffen kann, sich um den notleidenden deutschen Bruder annimmt. Das ist unsere heilige Pflicht als Christen und Deutsche.

Herr Konsul Dr. Seelheim gedachte ferner in ehrender Weise der deutschen Siedlungen in Edenwold, Laird, Hannover und Rheinland, die aus dem C.N.R.-Wettbewerb mit hoher Auszeichnung hervorgegangen sind, und knüpfte daran nachfolgende Gedanken: „Die in ihrer deutschen Art liegenden Kräfte haben sie zu diesen Leistungen befähigt, und es ist bemerkenswert, was kürzlich die hiesige „Free Preß" in einem Leitartikel über die Ergebnisse des Wettbewerbs zu sagen hatte hinsichtlich der Tatsache, daß die preisgekrönten Gemeinden „geschlossene" Siedlungen fremdstämmiger Einwanderer darstellten. Sie führte aus, daß gewiß Gründe gegen geschlossene fremdstämmige Siedlungen sprächen, daß man aber andererseits anerkennen müßte, daß gerade die Tatsache der auf volklicher Grundlage beruhenden Zusammenarbeit diese Gemeinden zu ihren hervorragenden Leistungen befähigt hätte, wie der Wettbewerb sie ergeben hätte. Das ist eine verständnisvolle Einsicht, die erkennt, wie die beste Mitarbeit am Aufbau des Landes von denen vollführt wird, die ihre geistige Spannkraft und wirtschaftliche Tüchtigkeit aus historisch gewordener Volkskultur zu schöpfen vermögen. In der Erhaltung dieser von drüben mitgebrachten alten Kultur liegt die Quelle unserer Kraft. Aus ihr sollen auch kommende Generationen schöpfen können, um weiter befähigt zu sein zur Pionier- und Aufbauarbeit im wohlverstandenen Interesse Canadas."

Nachdem Herr Konsul Dr. Seelheim noch an die deutsche Reichsgründung vor 60 Jahren erinnert hatte, schloß er seine glänzenden Ausführungen mit den Worten: „Die gemeinsame deutsche Kultur und ihr Träger, das deutsche Volkstum in der Welt, mögen sie weiter blühen in ihrer geschichtlich gewordenen und geachteten Kraft, zum Besten des alten Vaterlandes, zum Besten der Volksgenossen in den verschiedenen anderen Ländern dieses Erdballs und nicht zuletzt zum Wohle dieser Länder selbst, in denen unsere Brüder eine neue Heimat gefunden haben! Wenn sie dort ihre Kraft und Eigenart bewahren können — und nur dann — werden sie imstande sein, ihr Bestes leisten zu können für den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt dieser Länder, so wie sie es — was wir hier mit Stolz sagen dürfen — geleistet haben für die Entwicklung des Landes, in dem wir hier leben, des großen und trotz der augenblicklichen Krise hoffnungs- und zukunftsfrohen Canada!"

Mit dem Hinweis auf die preisgekrönten deutschen Siedlungen und in seinen Schlußworten hat der Redner eine zweite ernste Aufgabe des canadischen Deutschtums und namentlich der deutschen Vereine hervorgehoben: die intensive und systematische Pflege der deutschen Kulturgüter, die uns allen gemeinsam sind. Mögen seine Worte auch in dieser Hinsicht auf fruchtbaren Boden fallen!

Uneigennützige Hilfsbereitschaft, die dem armen und ärmsten deutschen Volksgenossen nicht nur einige billige Trostworte, sondern auch praktische Unterstützung gewährt, und verständnisvolle Förderung deutscher Kultur sollten die Leitsterne jedes Deutschcanadiers sein, in dessen Herz noch ein Funken Stolz auf sein Deutschtum glimmt.

Weltumschau

60 Jahre Deutsches Reich. Unter Führung seines greisen Volkshelden, Reichspräsident von Hindenburg, beging Deutschland am 18. Januar den 60. Erinnerungstag an die Reichsgründung. Die Feierlichkeiten nahmen ihren Anfang mit einem Gedächtnis-Gottesdienst im Dom, der vormittags um 11 Uhr stattfand und dessen Vorgänge durch den Rundfunk nach allen Teilen des Reiches verbreitet wurden. Vom Dome begaben sich der Reichspräsident und sein Gefolge nach dem Reichstagsgebäude, in dessen Sitzungssaale die Hauptfeier stattfand. Hier waren die nämlichen Standarten aufgestellt, die am 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Versailler Schlosses aufgepflanzt standen, als Kanzler Bismarck das geeinigte Deutsche Reich und König Wilhelm von Preußen als Deutschen Kaiser proklamierte. Der jetzt 83 Jahre zählende Generalfeldmarschall wohnte dieser Proklamation als blutjunger Leutnant bei.

Bei der Feier im Reichstagssaale überließ das greise Oberhaupt der jungen deutschen Republik das Redenhalten anderen. Die Hauptsprecher des Tages waren der 82 jährige Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Wilhelm Kahl, eine Autorität auf dem Gebiete des Kirchen- und Staatsrechtes und einer der Führer der Deutschen Volkspartei, sowie Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning. Beide Redner betonten das feste Gefüge des von Bismarck geschmiedeten Deutschen Reiches, das selbst durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges nicht aufgelöst werden konnte.

Auf einer späteren Versammlung von Veteranen im Sportpalast ergriff auch Generalfeldmarschall von Hindenburg zu einer kurzen Ansprache das Wort. Hindenburg, der Deutschland unter dem Kaiserreich und der Republik mit unerschütterlicher Vaterlandsliebe gedient hat, sagte: „Heute vor 60 Jahren stand ich unter denen, die dem ersten Kaiser des neuerrichteten Deutschen Reiches zujubelten. Seitdem haben wir vieles verloren, das uns lieb und teuer war und das uns alten Kriegern im Herzen stets unvergeßlich bleiben wird. Aber eines ist uns geblieben — das Vaterland. In seiner Not werden wir ihm ungeachtet allen Parteihaders in selbstloser Liebe und Treue dienen. In dieser Stunde der Weihe wollen wir diesen Schwur mit dem Ruf erneuern: Deutschland, Hurra!"

Die Veteranen erhoben sich in Begeisterung und stimmten in das dreifache Hurra des Präsidenten auf das Vaterland ein. Das gemeinsame Absingen des Deutschlandliedes beschloß die Feier.

Dr. Curtius gegen Ungleichheit der Rüstungen. Der Völkerbundrat befaßte sich mit der Abrüstungsfrage. Vertreter mehrerer Großmächte bestanden darauf, daß die Weltabrüstungs-Konferenz möglichst bald einberufen werden solle. Der britische Außenminister Henderson rief eine gelinde Sensation dadurch hervor, daß er gegen die europäischen Militärbündnisse scharf vom Leder zog. Er sagte: „Manche Leute behaupten bereits, daß die Strömung eingesetzt hat, welche Europa zu den alten Bündnisverträgen für kriegerische Zwecke hintreibt, und daß diese Bündnisse die Autorität des Völkerbunds untergraben. Das ist ein gefährliches Gerede. Denn meiner Ansicht nach darf kein Bündnis abgeschlossen werden, das nicht im Einklang mit den Satzungen des Völkerbunds steht, und diese Satzungen sind höchste Autorität. Keine Regierung, so mächtig sie auch sein mag, darf wünschen oder wagen, auf den Völkerbund zu pfeifen oder übernommene Völkerbundverpflichtungen zu übertreten. Im Namen meiner Regierung erkläre ich ohne Zögern, sie kennt kein Bündnis und darf kein Bündnis kennen, ausgenommen dasjenige, welches die Völkerbundsatzung geschaffen hat." — Hendersons Rede war offenbar ein schwerer Hieb gegen Frankreich, welches Militärbündnisse mit Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien abgeschlossen hat.

Sodann erhob sich der deutsche Außenminister Dr. Julius Curtius, um Deutschlands Protest gegen die Ungleichheit der Rüstungen und gegen die Ungleichheit der Sicherheit der Länder — Deutschland entwaffnet und seine Nachbarländer bis an die Zähne bewaffnet und immer weiter rüstend — nochmals beredten Ausdruck zu verleihen. „Es nützt nichts, von Abrüstung zu reden, bis wenigstens die Sicherungsgleichheit ihrer Verwirklichung näher gebracht worden ist", sagte er. Gleich dem italienischen Außenminister, Dino Grandi, der nach ihm das Wort ergriff, bestand Dr. Curtius auf der Festsetzung eines Datums für die Weltabrüstungskonferenz. Grandi deutete zuerst an, daß der Flottenbauzwist zwischen Italien und Frankreich vermutlich bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz beigelegt sein dürfte. Sodann sagte er, der Grad der Sicherheit der Länder müsse auf den Grad ihrer Abrüstung bestimmend einwirken, aber Sicherheit sei keine zu erfüllende Vorbedingung der Abrüstung.

Aristide Briand als Vertreter Frankreichs erklärte sich sodann mit Henderson insofern einverstanden, als auch er die Notwendigkeit der Abrüstung einsehe, wenn man der Kriegsgefahr entrinnen wolle. Dann sang Briand aber ein Loblied der Abrüstungsvorbesprechung.

Preisabbau in Deutschland. In der ausgesprochenen Absicht, die Bewegung für eine allgemeine Preissenkung möglichst zu beschleunigen, wurde heute von der Reichsregierung eine Verfügung erlassen, durch die alle Preisvereinbarungen, welche die Preise für geschützte Artikel unter Handelsmarke betreffen, null und nichtig erklärt werden, wenn diese Preise seit 1. Juli 1930 nicht um mindestens 10 Prozent herabgesetzt wurden.

Die Bedeutung dieses Schrittes liegt in der Tatsache, daß die von den Kleinhändlern eingegangene Verpflichtung, die Preise für Artikel unter Schutzmarke aufrecht zu erhalten, bislang in Deutschland gesetzlich durchführbar war. Durch Entziehung des gesetzlichen Schutzes werden die Fabrikanten, die sich der Preisabbaubewegung nicht anschließen wollen, von der Regierung gezwungen, die Wahl zu treffen zwischen einer gesetzlich geschützten Preisreduktion von 10 Prozent oder einer vielleicht noch größeren Herabsetzung infolge „wilder" Preisbeschneidungen.

Der Erlaß bestätigt den Preis als reduziert um 10 Prozent, wenn der Paketpreis der gleiche bleibt, aber die Quantität entsprechend vermehrt ist.

Wo ist das französische Luftschiff? Die französische Regierung hat die Absicht, eine Kolonne ins Innere der Sahara zu entsenden, um dort nach angeblichen Trümmern des in Deutschland hergestellten französische Luftschiffes „Dirmuiden" zu forschen, das während eines Sturmes über dem Mittelmeer im Jahre 1923 auf geheimnisvolle Weise verloren ging. Die ganze Mannschaft verschwand mit dem Schiffe; nur der Kommandant, De Plessis De Grendedan, wurde später als Leiche durch italienische Fischer an der Küste Siziliens aus dem Meer gezogen. Trotz langer Suche konnte keine weitere Spur des Luftschiffes entdeckt werden.

Jetzt kommen jedoch aus der Wüste von unfreundlichen Stämmen Berichte, daß das Schiff mit stillstehenden Motoren hilflos in die Sahara hineingetrieben wurde und in der Richtung nach Süden verschwand. Die Gerüchte besagen weiter, daß das Wrack 300 Meilen südlich von In Salah, an einem Punkte, der noch nie von den Weißen betreten wurde, zur Erde stürzte. Die Gerüchte sind nicht alle gleichlautend; aber einige derselben besagen, daß sieben Leichen neben den Trümmern aufgefunden wurden.

„Die „Dirmuiden" hatte eine Besatzung von 30 Mann, als sie in Toulon an der französischen Küste des Mittelmeers zu ihrem letzten Flug aufstieg. Während des Sturmes wurde eine Kabine abgerissen, wobei drei Mann zu Tode stürzten. Man ist jetzt der Ansicht, daß auch die Kontrollkabine, in welcher sich der Kommandant aufhielt, über dem Mittelmeer sich loslöste und in die Tiefe stürzte. Die Beamten des Marineministeriums geben zu, daß ihnen der genaue Hergang der Katastrophe nicht bekannt ist, sind sich aber auch klar darüber, daß sich einer Expedition in die Wüste große Schwierigkeiten in die Wege stellen.

Italien-französ. Wettrüsten. Aus amtlichen Kreisen in Rom verlautet, daß Italien fortan in diesem Jahre mit Frankreichs Flottenbau und zwar Kanone für Kanone Schritt halten wird. Für eine Erneuerung des im vergangenen Monat abgelaufenen Flottenbaufeiertags, der mit Frankreich verabredet gewesen sei, sei keine Aussicht vorhanden. Italien werde daher zunächst den eigenen, im Jahre 1930 festgesetzten Flottenbau durchführen und im übrigen dem Flottenbau Frankreichs folgen.

Auf dem Flottenbauprogramm des Jahres 1930, das Italien für die Dauer des verflossenen, mit Frankreich verabredeten Flottenbaufeiertags ausgesetzt hatte, standen 22 Tauchboote und sieben andere Kriegsschiffe. Die werden in den nächsten Monaten auf Kiel gelegt werden, und dann wird Italien genau dieselben Kriegsschiffe bauen, die Frankreich bauen wird.

Aus französischen Amtskreisen verlautete der mit Italien abgeschlossene Flottenbaufeiertag sei beendet, und beiden Ländern stehe es jetzt frei, nach Gutdünken Kriegsschiffe zu bauen. In Genf hatte sich die erhoffte Fortsetzung der im Sommer abgebrochenen Unterhandlungen nicht verwirklicht; man habe zwar noch nicht alle Hoffnung auf eine Einigung fahren lassen, aber gegenwärtig könne man keine Aussicht auf erfolgreiche Unterhandlung sehen, da Italien sein Flottenbauprogramm durchzuführen gedenke. Der von Briand und Mussolini vereinbarte Flottenbaufeiertag sei schon im vorigen Monat abgelaufen, aber bis zum Eintreffen der letzten Meldungen aus Rom habe man gehofft, daß er noch eine Weile stillschweigend fortbestehen und einstweilen in Genf eine Unterhandlung in Gang kommen würde. Die Meldungen von der endgültigen Beendigung des Flottenbaustillstandes hatte man hier für hochbedeutsam.

Frankreich habe sich auf Flottengleichheit mit Italien im Mittelmeer einlassen wollen, aber es brauche 150,000 Tonnen weitere Kriegsschiffe, um dem deutschen (?) Flottenbau zu begegnen, und 100,000 Tonnen mehr, um seine Verbindungen mit fernen Kolonien aufrechtzuerhalten.

Influenza-Epidemie in Europa. England und der europäische Kontinent werden gegenwärtig von einer Influenzawelle heimgesucht, die allerdings nach Ansicht von Aerzten nicht als ernst betrachtet zu werden braucht, da sie nur auf die Jahreszeit zurückzuführen sei. Die meisten auf diese Krankheit zurückzuführenden Todesfälle ereigneten sich in England, wo wöchentlich 100 Personen daran sterben. Die Epidemie scheint sich hauptsächlich auf London zu konzentrieren, wo allein 35 Personen in der letzten Woche an Influenza verstarben.

In Deutschland verzehnfachte sich die Anzahl der Influenzaerkrankungen in den letzten Tagen. Täglich werden 5—600 neue Fälle gemeldet. In Berlin sind 12,000 Personen an Influenza erkrankt, wovon hauptsächlich Mitglieder der Stadtverwaltung betroffen wurden. Auch der amtierende Oberbürgermeister Scholz liegt an der Krankheit darnieder.

Auch in Frankreich verspüren die Politiker die Macht der Grippe. Eheron, Tardieu und Herriot leiden daran. Im übrigen wurden keine offiziellen Angaben über die Krankheit und die Anzahl der Kranken gemacht. Man weiß jedoch, daß in manchen Teilen des Landes Soldaten an die Stelle von Briefträgern treten mußten, da die Reihen der letzteren durch die Krankheit vorübergehend gelichtet wurden.

In Spanien erkrankten 10 Prozent der Stadtbewohner und zwei Prozent der Landbewohner an der Grippe. Allerdings waren nur wenige Todesfälle zu verzeichnen. Königin Viktoria und Infant Juan haben sich von ihrem Anfall wieder erholt.

Rußland und Türkei werden eingeladen. Die Kommission des Völkerbunds, welche sich mit dem Briand'schen Projekt eines Europabunds befaßt, beschloß, an Rußland, die Türkei und Island eine Einladung ergehen zu lassen, an ihren Beratungen teilzunehmen. Diese Einladungen wurden auf Betreiben Deutschlands, Italiens und Großbritanniens nach viertägigem Redekampf endlich durchgesetzt, aber mit allerlei Vorbehalten gespickt. Weitere sieben Länder — Belgien, Spanien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Südslawien und die Schweiz stimmten der Einladung nur vorbehaltlich bei, was dahin ausgelegt wurde, daß sie der Mehrheit zwar nicht im Wege stehen, aber auch keine Verantwortung für die Einladung übernehmen wollen. In Genf war man sehr gespannt darauf, wie Moskau auf die Einladung reagieren wird.

Sodann befaßte sich die Kommission mit den Hilfsgesuchen der hauptsächlich auf Landwirtschaft eingestellten Staaten Mittel- und Südost-Europas, welche nach langfristigen Darlehen schreien. Ein Komitee wurde eingesetzt, um sich mit der Sache zu befassen, und der Kommission einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

Selbstverwaltung für Indien? Bevor die Indien-Konferenz im St. James-Palast in London zum Abschluß gelangte, gab Premier MacDonald seine langerwartete Erklärung ab, in welcher er Indien Teilhaberschaft am Britenreich als ein Dominium mit verantwortlicher Selbstregierung zusicherte.

„Sie haben ein neues Kapitel der Geschichte Indiens aufgeschlagen," lautete die Abschiedsbotschaft, welche König Georg den mehr als hundert Delegaten der Indienkonferenz übersandte, die neun Wochen mit langwierigen Verhandlungen verbracht hatte. Aber „Mutter Indien" selbst hatte schon das letzte Wort. Die Begum Schah Nawaz sprach es aus, indem sie Longfellows Dichterwort „Jetzt wollen wir aufbrechen und etwas tun" zitierte und damit andeutete, wie viel Weiterungen es noch geben dürfte, ehe das neue Kapitel der Geschichte Indiens wirklich offen daliegen würde.

Der Premierminister sprach lang und bang. An jeder seiner Verheißungen für Indien, schien ein „Wenn" als die Schnur zu baumeln, an welcher die Britenregierung sie wieder zurückziehen kann. Was er sprach war:

1. Amnestie für die 50,000 wegen politischer Vergehungen eingesperrten Inder, wenn in Indien die „bürgerliche Ordnung" wieder hergestellt werden sollte. 2. Eine kommende Aufforderung an die extrem national gesinnten Inder zur Beteiligung an den langen Unterhandlungen, die noch folgen sollen, bis wirklich eine Neuordnung der Regierung Indiens beginnen kann. 3. Einrichtung einer Selbstregierung Indiens, bei welcher sich aber die britische Regierung die Regelung der Staatsfinanzen, der Auslandsbeziehungen und der Wehrmacht des Landes vorbehält. 4. Stimmrecht für die Bewohner Indiens ohne Beschränkung durch Religion oder Kaste. 5. Einsetzung zweier Häuser des indischen Parlaments nach dem Vorbild des Kongresses der Vereinigten Staaten. 6. Ermutigung der Inder zur Regelung ihrer Gemeindeverwaltungen. 7. Fortdauernde Unterhandlungen zur Erledigung der Einzelbestimmungen einer neuen Regierungsverfassung für Indien.

Die Delegaten sprachen über dieses Ergebnis der Indienkonferenz ihre Befriedigung aus, aber es bleibt sehr fraglich, ob das unruhige Indien MacDonalds ihm entgegengestreckte Hand ergreifen wird. Die Indienkonferenz ist höchstens der noch nebelhafte Beginn der Verwirklichung des Selbstregierungsstraums der Inder. Jetzt wechselt die Szene in diesem historischen Drama und wird nach Indien verlegt, und in London wird man mit fieberhafter Spannung die Reaktion Indiens auf die Ergebnisse der Konferenz abwarten. Selbst das Begnadigungsanerbieten für die in indischen Gefängnissen zusammengepferchten politischen Gefangenen ist nur bedingungsweise gegeben.

Dr. Curtius und die Minderheiten

Der deutsche Zipser Abgeordnete Ander Nitsch führte im Preger Parlament während der Debatte über das Staatsbudget aus: „Unlängst konnten wir den Präsidenten Masaryk in der Zips begrüßen . . . Das Zipser deutsche Volk hat den Staatspräsidenten in Ehren empfangen. Bei dieser Gelegenheit sind viele Worte über die Freiheit gefallen. Insbesondere betonte Präsident Masaryk sehr oft diese Freiheit; u. a. sagte er, daß diese Freiheit nicht nur für eine Nation gilt, sondern für alle Völker des Staates, was ich Herrn Kramarsch besonders in Erinnerung bringen will. Wenn dieser Staat wirklich im Sinne des Präsidenten Masaryk regiert werden soll, so soll man den Minderheiten die richtige Freiheit geben . . . Wir, die deutsche Minderheit dieses Staates, sind dem deutschen Außenminister Dr. Curtius überaus dankbar, daß er sich im Völkerbund stets mannhaft unserer annimmt und uns beschützt, weil in Wirklichkeit die Minderheitenfrage bei uns noch nicht gelöst ist. Herr Dr. Kramarsch richtete heftige Angriffe gegen den deutschen Außenminister, weil dieser die Minderheiten in Schutz nahm. Herr Dr. Kramarsch hat vergessen, was die Slawen vor dem Kriege getan haben. Oder waren die großen slawischen Staaten nicht die Protektoren der slawischen Enklaven in Europa? Warum will man heute nicht das selbe Recht dem deutschen Außenminister einräumen? Er tut nur seine Pflicht; denn jede Mutter muß für ihre Kinder sorgen. Jede Nation, deren Volksgenossen als Minderheiten auf dem Gebiet eines anderen Staates leben, hat das Recht und die Pflicht, über das Schicksal dieser nationalen Minderheiten zu wachen."

Niederlage MacDonalds im Unterhaus

Bei Abstimmung über Schulgesetz wurde Arbeiterregierung mit 282 gegen 249 Stimmen geschlagen

MacDonald erklärte jedoch seinen Rücktritt nicht

London. — Die Regierung MacDonalds erlitt bei einer Abstimmung im Unterhause über die Abänderung der Erziehungsvorlage mit 282 gegen 249 Stimmen eine unerwartete Niederlage.

Die Vorlage wurde von John Scurr, einem katholischen Arbeiterparteiler, eingebracht, der vorher die Anregung zu einer weiteren Gesetzesänderung gemacht hatte, die die Benutzung von Regierungsmitteln gestatten würde, um den Pfarrschulen zu ermöglichen, die Mehrausgaben durch die Erhöhung des Schulabgangsalters von 14 auf 15 Jahre, wie in dieser Vorlage vorgesehen, zu decken. Er erklärte, daß durch den Schritt, den diese Vorlage umschließt, die Kirchenschulen $5,000,000 benötigten, um ihre Gebäude zu erweitern.

Obgleich seine Regierung eine Niederlage bei der Abstimmung erlitt, erklärte Premierminister MacDonald daß hierdurch kein lebenswichtiges Prinzip berührt sei, sodaß sich die Regierung nicht zum Rücktritt gezwungen sehe.

Das Erziehungsgesetz, das das Alter, bei dem die Kinder die Schule verlassen dürfen, von 14 auf 15 Jahre erhöht, sieht Zuschüsse von fünf Schilling pro Woche für Eltern in kärglichen Verhältnissen und für jedes Kind, das unter die Bestimmungen dieses Gesetzes kommt, vor. Es berührt elftausend von den zwanzigtausend Elementarschulen des Landes.

MacDonald ist im Oberhaus dreimal besiegt worden, einmal im März 1930 bei dem Gesetzzusatz über das Kohlengesetz zum zweiten Male, als das Haus über ein Vertrauensvotum im Zusammenhange mit der Reichskonferenz im Dezember vorigen Jahres abstimmte, und im gleichen Monat bei der Abstimmung über das Farbstoffgesetz. In jedem Falle weigerte er sich, zurückzutreten.

— Nahezu 13,000,000 Familien in den Vereinigten Staaten besitzen ein Radio-Set.

— Die Vereinigten Staaten importierten im letzten Jahre 65,000,000 Buschel Bananen.

Fordautos für Indien

Bombay, Indien. — Henry Ford erbaut große Fabriken in Bombay, Kalkutta, Madras und Multan zur Zusammenstellung von Fordautos und Lastwagen, die von Canada aus zum Verkauf in Indien geschickt werden sollen. Die Gesellschaft gab bekannt, daß sie ihre Hilfskräfte aus Indern zusammenstellen wird, die sie in der Zusammenstellung der Autoteile, dem Autohilfsdienst und dem Verkauf der Wagen durch die 250 Händler der Gesellschaft in ganz Indien unterrichten wird.

Die Errichtung dieser Fabriken erfolgt zu gleicher Zeit mit dem allgemeinen Boykott von Autos, die in England hergestellt sind, und dem Auftreten einer vermehrten Nachfrage nach Wagen amerikanischen Fabrikates, die bereits ungefähr 80 Prozent sämtlicher in Indien verwandter Motorfahrzeuge darstellen.

Berühmte russische Tänzerin gestorben

Im Haag, Holland. — Die berühmte russische Tänzerin Anna Pawlowa, die hier mehrere Tage an Influenza und Brustfellentzündung krank darnieder lag, ist gestorben. Anna Pawlowa, die als die erste Tänzerin der Welt galt und das Publikum der Großstädte aller Kulturländer mit ihrer Tanzkunst entzückt hat, erkrankte hier, als sie mit ihrem Gatten, Victor d'André, aus Paris anlangte. Sie glaubte anfänglich nur an einer schweren Erkältung zu leiden, welche sie sich in der französischen Hauptstadt zugezogen hatte, aber schon im Laufe des Tages verschlimmerte sich ihr Zustand erheblich, und die Aerzte, die sie behandelten, stellten eine bösartige Grippe und Rippenfellentzündung fest. Anna Pawlowa war 45 Jahre alt.

Als zehnjähriges Kind trat sie im Jahre 1895 in St. Petersburg, jetzt Leningrad genannt, wo sie das Licht der Welt erblickte, in die berühmte Kaiserliche Ballettschule ein. Nach Beendigung ihrer Lehrzeit war war sie Prima Ballerina in dem Marginsky-Theater, das mit jener Ballettschule in Verbindung stand, und avanzierte sehr bald zur Prima Ballerina des Kaiserlichen Opernhauses in St. Petersburg, aus dem sich ihr Ruhm in alle Welt verbreitete.

Ausrottung der „Kulaken"

Moskau. — Eine von Joseph Stalin veröffentlichte Bekanntmachung besagt, daß unverzüglich mit „einem entscheidenden endgültigen Feldzug" begonnen werden wird, durch den die „Kulaken" als Klasse sollen. Dieser Feldzug gegen die sollen. Dieser Geldzug gegen die „Kulaken", unter denen angeblich wohlhabende Bauern verstanden werden, soll innerhalb des laufenden Jahres zu dem ersehnten Ziele führen.